

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Vollstimmme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Vollstimmme

Inserate:
Die Gekost. Zeile kostet 15 Pfg.,
bei Wiederholungsabonn. nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes abgegeben sein.
Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Vollstimmme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard Witzsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer, beide in Frankfurt a. M.
Separat-Ausgabe für Wiesbaden: Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17. Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. — Verlag der Vollstimmme Maier & Co. — Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M.

Nummer 67 Samstag den 20. März 1915 26. Jahrgang

Verlust englischer Schlacht- und Handelsschiffe.

Deutschlands Nahrungsbedarf gesichert. — Die deutsche Kriegsanleihe überzeichnet.

Heiliger Zorn?

Der Krieg hat in vielen Menschen gute und edle Gefühle geweckt, das heißt, man mühte richtiger sagen, die Not und das Elend und der Jammer der zurückbleibenden Frauen und Kinder haben in ihnen den Willen, zu helfen und den Notleidenden zu dienen, hervorgebracht. Auf der andern Seite ist aber seit dem Ausbruch des Krieges wieder eine solche Jügellosigkeit im Hass und Verächten, in der Selbstüberhebung und Geringschätzung der feindlichen Nationen zutage getreten, daß man sich verwundert fragt, wie solche Gefühle bisher vollkommen verborgen bleiben konnten.

Unser Nürnberger Vortragsblatt widmet der Erscheinung die folgende Betrachtung: Bei den Frauen, die man heute am liebsten frei von allen den häßlichen Eigenschaften, die der Krieg züchtet, sehen möchte, zeigt sich oft ein starkes Pharisäertum. Sind es Frauen, die nie über ihren engen Kreis hinaus gesehen haben, so bedauert man ihre Haltung, aber man begreift, daß es für sie schwierig ist, sich gerade in Kriegszeiten zu einer höheren Auffassung durchzureißen. Was soll man jedoch sagen, wenn eine der Vertreterinnen der evangelischen Frauenbewegung in der „Evangelischen Frauenzeitung“ folgende Sätze schreibt:

„Der Gott sei es gedankt, wir stehen rein da den anderen Völkern gegenüber, wir haben sie nicht herausgefordert, sondern sie haben uns in sinnloser, verbrecherischer Weise überfallen. Sie haben sich, die sie durch verschiedene Kulturen und ganz unterschiedliche Grundlagen und Ziele einander vielfach so verschiedenartig haben, zusammengekommen, um ein einheitliches großes Kulturgut und seine Träger zu vernichten.“

Ganz unwillkürlich kommt einem bei dem Lesen solcher Worte das Gleichnis vom betenden Pharisäer und Zöllner in den Sinn:

„Es gingen zwei Menschen hinaus in den Tempel, zu beten, einer ein Pharisäer, der andere ein Zöllner. Der Pharisäer stand und betete bei sich selbst also: Ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie die andern Leute, Räuber, Ungerechte, Ehebrecher oder auch wie dieser Zöllner.“

Im Evangelium Lucä steht geschrieben, daß der Zöllner, der nur an seine Bruchlösung und betete: Gott sei mir Sünder anädia! gerechtfertigt hinabging in sein Haus vor seinem. Das Pharisäertum, das in dem Artikel der „Evangelischen Frauenzeitung“ zum Ausdruck kommt, ist aber nicht geringer als das, von dem das Evangelium erzählt.

Doppelte beklagenswert ist es, daß eine Frau sich hinreißt zu so hohlerfüllten Worten über die andern Völker. Welches b. Vennigsen spricht von der „kalten rücksichtslosen Selbstsucht und der ungerechten Herrschaft“ der andern, von „der niederträchtigen Söldnungsweise unserer Feinde“, der gegenüber ein heiliger Zorn am Platze sei. — Die im Felde stehenden Soldaten wehren sich mit allen Kräften dagegen, daß man den Gegner herabwürdigt, daß man seine Ehrenhaftigkeit in Zweifel setzt, eine gebildete Frau dagegen verlangen, daß wir alle weichen Empfindungen in uns bekämpfen sollen. Ihr erscheint es heute nicht möglich, daß wir in der Folgezeit jemals wieder in „irgendeine Beziehung mit den kriegführenden Staaten und ihren einzelnen Angehörigen“ treten, und im gleichen Atemzug ruft sie Gott um seinen Beistand an und fordert, daß er auf der deutschen Seite stehe. Ist das Christentum?

Wir freuen uns, daß in allen Ländern Frauen — auch bürgerliche Frauen mit namhaften Namen — zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß alles aufgewendet werden müsse, um die Beziehungen der Länder untereinander aufrecht zu erhalten. Am stärksten wird dieser Gedanke von den Engländerinnen betont, aber wir können den Worten Adelheid v. Vennigsen auch die einer Französin entgegenstellen, der „Feindin“ de Witt-Schlumberger:

„Je mehr wir unser Land lieben, desto besser verstehen wir, wie andere Frauen das ihre lieben und wie teuer ihnen ihre Soldaten sind. Für jede kommt vor allem die Verteidigung ihres Landes und das Verständnis für die augenblicklichen Wünsche in Betracht; aber etwas verstehen wir nie und müssen uns aller bewußten Kraft dagegen anstrengen — nämlich das Gefühl des blinden Hasses, den einige einen heiligen Hass nennen, der so oft seine giftigen Ranken ausbreitet, die in Blut wurzeln. Liebe ist heilig, Hass ist nie heilig, und es braucht dessen nie zur Selbstverteidigung.“

Wissen wir noch fragen, welche Empfindungen uns vor allem einer Frau am würdevollsten erscheinen? Der Krieg gerührt schon so viele unerfahrene Werte: alle die blühenden Menschenleben, das Glück von Hunderttausenden Familien. Sollen wir da nicht bestrebt sein, uns das einzige zu bewahren, was wir noch besitzen: den Glauben an eine friedlichere Zukunft? Arbeiten müssen wir bis zum letzten Aufatmen an der Verständigung der Völker untereinander, denn wie sollen neue harte Kämpfe, wie soll eine Wiederholung dieser schrecklichen Kriegszeit vermieden werden, wenn sich die

Völker dauernd mit Haß und Argwohn im Herzen gegenüberstehen und vor lauter Erbitterung nicht dazu kommen, friedlicheren Gedanken Raum zu geben!

Doch auch nicht in den blinden Haß hineintreiben, ihr Frauen. Der Zorn, der uns unfähig macht, die guten Eigenschaften des Gegners zu sehen und vom Gegner zu lernen, ist nicht heilig, kann nicht heilig sein. Wir wollen dem Haß eine allumfassende Liebe zu den Menschen gegenüberstellen, eine Liebe, die nicht kritisch alles für gut hinnimmt, was geschieht, die aber nicht vergißt, daß das, was wir für uns selbst fordern, auch andern gewährt werden muß. Eine Liebe, die stark genug ist, eigene Fehler zu bekennen und die versucht, die Gründe zu verstehen, die dem Handeln der andern zu Grunde liegen. Haß wächst schneller als Liebe, deshalb müssen wir dafür sorgen, daß er bekämpft wird, ehe er so mächtig geworden ist, daß er nicht mehr erstickt werden kann.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 19. März. (W. V. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne schritten wieder zwei französische Teilangriffe, nördlich von Le Mesnil und nördlich von Beaumont; zwei Offiziere, 70 Franzosen wurden gefangen genommen. Nach schweren Verlusten zog sich der geschlagene Feind in unserem erfolgreichen Feuer in seine Stellungen zurück.

Südlich von Verdun machten die Franzosen mehrere Vorstöße. In der Woëvre-Ebene wurden sie abgewiesen, am Ostrand der Maas Höhen wird noch gekämpft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei Meuse ist noch nicht geklärt; anscheinend sind schwache russische Abteilungen in Remel eingedrungen, Gegenmaßnahmen sind getroffen.

Sämtliche russischen Angriffe zwischen Bissel und Orzyc, sowie nördlich und westlich von Prassnusz wurden abgeschlagen, zum Teil unter sehr schweren Verlusten für den Feind.

Die Verhältnisse südlich der Weichsel sind unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Englisch-französische Schlappe vor den Dardanellen.

Ein Telegramm meldete am Freitag nachmittag kurz die Zerstörung zweier englischer Kriegsschiffe. Die Nachricht wird nun bestätigt und ergänzt:

Konstantinopel, 20. März. Das Hauptquartier meldet, daß am 19. März vollständige Ruhe in den Dardanellen herrschte und bestätigt die Meldung des Korrespondenten der „Agence Mill“ über die Zerstörung der englischen Panzerschiffe „Irresistible“ und „Africa“, die Beschädigung eines anderen Panzerschiffes, sowie die Zerstörung eines feindlichen Torpedobootes. Der an den Korts angestrichene Materialschaden ist sehr gering. Unsere Batterien sind beständig bereit, in Tätigkeit zu treten. Der Menschenverlust ist unbedeutend. — Wie der Korrespondent der „Agence Mill“ erzählt, tauchte das feindliche Panzerschiff, welches einer früheren Zerstörung zufolge nach Tenedos geschleppt wurde, mit seinem Vorderteil unter das Wasser. Vor Tenedos wurde die Besatzung des Schiffes von anderen Fahrzeugen geborgen. Es handelte sich um ein französisches Panzerschiff.

„Africa“ ist 1905 vom Stapel gelaufen, hatte 16 600 Tonnen Wasserverdrängung, war mit vier 30,5 Zentimeter, vier 23,4 Zentimeter und 34 kleineren Geschützen armiert. 780 Mann Besatzung. „Irresistible“ ist 1898 vom Stapel gelaufen, hatte 15 250 Tonnen Wasserverdrängung, vier 30,5 Zentimeter, 12 mittlere, 18 kleinere Geschütze, 750 Mann Besatzung.

Bei dem nach Tenedos geschleppten Panzerschiff handelt es sich um einen zwölf Jahre alten großen Kreuzer von 9950 Tonnen Wasserverdrängung, mit mittlerer Artillerie armiert und 540 Mann Besatzung.

Es wird auch weiter der Untergang des französischen Schlachtschiffes „Doubet“ bestätigt, das 19 Jahre alt, 12 000 Tonnen Wasserverdrängung hatte, mit 4 schweren, 16 mittleren, 14 leichten Geschützen ausgestattet und mit 608 Mann

befestigt war. Bestätigt wird ferner der Untergang eines englischen Torpedobootes.

Alle Schiffe, mit Ausnahme des Torpedobootes, sind erst einige Zeit nach den erlittenen Beschädigungen gesunken. Manches der übrigen beschädigten Schiffe wird wohl auch noch untergehen. Wenn auch noch keines der modernen Schiffe vernichtet ist, so haben doch die Angreifer bis jetzt den Kürzeren gezogen. Ein Bericht des türkischen Hauptquartiers, der abgefaßt wurde, als die Schiffe beschädigt, aber noch nicht gesunken waren, endet: „Der von unseren Geschützen, von denen viele auch die anderen Schiffe trafen, angerichtete Schaden konnte nicht festgestellt werden. Der harte Kampf, der sieben Stunden dauerte, endete mit dem Siege unserer Korts. Mit Ausnahme leichter Beschädigungen einiger unserer Erdwerke erlitten wir keinen Schaden.“

Auch Smyrna hat die Beschädigung wenig Schaden zugefügt.

Eingehende Berichte sprechen sogar von einem vollständigen Mißerfolg der letzten Beschließung von Smyrna durch die feindliche Flotte. Von 500 Schiffen, welche die englischen und französischen Kriegsschiffe absaßen, erreichten nur vier ihr Ziel. Die türkischen Korts erwiderten das Feuer tapfer und mit vielem Erfolg. Die Bewohner der Stadt gingen ruhig ihres Weges und hatten nur Worte des Spottes für die Ungeschicklichkeit der feindlichen Flotte.

Die beschädigten und gesunkenen Schiffe will England durch neuen Zugang ersetzen, vier Kreuzer sollen von Gibraltar schon unterwegs sein.

Zum Schluß wiederholen wir jene Meldung aus Tenedos: In Myndros sind 50 000 australische, englische und französische Kolonialtruppen unter General d'Amade für einen Landungsversuch bei den Dardanellen versammelt.

Amsterdam, 20. März. (D. D. P.) Der englische Marineminister gibt die Namen von 23 getöteten und 37 verwundeten Mannschaften bekannt, die in der Nacht des 18. März an Bord des Kreuzers „Amethyst“ in den Dardanellen getroffen wurden. „Times“ melden, daß die Verluste des „Amethyst“ durch das Feuer verborgener türkischer Batterien verursacht wurden, welche den Kreuzer auf kurze Entfernung trafen. Die Verluste beschränken sich hauptsächlich auf das Verlorne des Maschinenraums. Das Schiff habe im Übrigen an Gefechtskraft nichts eingebüßt. Nach privaten Meldungen aus nichtamtlicher Quelle liegt die „Amethyst“ schwer beschädigt vor Tenedos. Das Schiff weist auf beiden Seiten Löcher von verschiedener Größe auf. Drei Granatschiffe haben den Oberbau getroffen. Ueber und unter Wasser wird an der Ausbesserung eifrig gearbeitet.

Vom Handels- und Unterseebootskrieg.

Die Londoner „Times“ melden aus Washington vom 17. März: Die Anzeichen mehrten sich, daß Präsident Wilson einen scharfen Protest gegen die britische Seepolitik einlegen wird. Die amtliche Erklärung der britischen Politik scheint seine Ueberzeugung nicht zu ändern, daß es seine Pflicht ist, gegen die mit den amerikanischen Rechten und Handelsinteressen unvereinbare Verletzung des Völkerrechts aufzutreten. In Regierungskreisen scheint eine ehrliche Enttäuschung darüber zu herrschen, daß England sich weigerte, die Einfuhr amerikanischer Lebensmittel nach Deutschland zuzulassen, wofür die deutschen Unterseeboote zurückgerufen worden wären. Seine Haltung unterstützt die britische Politik, alle erklären, entschlossen zu sein, den Präsidenten zu unterstützen. Der Korrespondent der „Times“ erwähnt die Forderung des Senators Walsh, eines republikanischen Interessenten, daß das britische Vorgehen in der Geschichte beibehalten sei und daß ungewöhnlich energische Vorstellungen dagegen erhoben würden. Unter den Senatoren herrsche allgemeine Bedauern, daß der Kongreß nicht vor der Beschließung den Präsidenten ermächtigte, Lieferungen an die kriegführenden zu verbieten.

Englische Schiffsverluste.

London, 19. März. (W. V. Nichtamtlich.) Nach einer Veröffentlichung der Admiralität werden folgende britische Schiffe als vermißt bezeichnet: „Borrowdale“, 1093 Tonnen groß, die am 21. Januar von Cardiff nach Granville fuhr; die Stahlschiff „Gnatthorpe“, 2459 Tonnen groß, die am 20. August mit einer Ladung Gerste von Valparaiso nach Portsmouth fuhr; „Rembrand“, 3027 Tonnen groß, die am 15. Februar von Hull nach dem Tene fuhr, und der Schleppdampfer „Diplomat“, der seit dem 15. Februar vermißt wird. London, 19. März. (W. V. Nichtamtlich.) Aus Rembrand wird über den Untergang des Dampfers „Glenartney“ noch gemeldet: Der Dampfer, dessen Beladung zum Teil für

London, zum Teil für Liverpool bestimmt war, wurde gestern abend 10 Uhr 45 Min. ohne Warnung ungefähr 10 Meilen von Beachy Head torpediert. Die Benennung des Bootes als Unterseeboot erst zu sehen, als sie sich in den Booten befand. Die Besatzung sah den Dampfer eine halbe Stunde, nachdem er getroffen war, versinken.

London, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Admirals Bureau: Die Dampfer „Bluejacket“ und „Hindford“ sind auf der Höhe von Beachy Head torpediert worden. „Hindford“ wurde leicht beschädigt und konnte Gravensend erreichen. „Bluejacket“ löst sich noch über Wasser. Die Besatzungen sind gerettet worden. Außer einem Mann vom Dampfer „Hindford“.

London, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) Wie die Press Association meldet, wurde der Dampfer „Fingal“, der ungefähr 2000 Tonnen groß ist, zwischen London und Leith verkehrt, am Montag vormittag in der Nähe der Mündung des Flusses Coquet an der Küste von Northumberland torpediert. Von der 27 Mann starke Besatzung sind 6 ertrunken. Einer der Überlebenden erzählte, der ganze Boden des „Fingal“ müsse aufgeworfen sein, da das Schiff binnen 5 Minuten untergegangen sei. Die Zeit hätte kaum genügt, eines der Boote abzuschneiden, in das einige hinein sprangen. Die anderen seien in See gesprungen und von den Kameraden aufgesucht worden. Sodann habe sie ein vorbeifahrendes Fischerfahrzeug gerettet und in North Shields gelandet. — Aus derselben Quelle wird gemeldet, daß der Dampfer „Atlanta“ am Sonntag früh, mit Stückgut beladen, die Galveston Dock verließ. 5 Meilen von der Küste von Texas sah der Kapitän das Verbleiben eines Unterseebootes, das augenscheinlich das Schiff verfolgte. Der Kapitän gab Vollgas und begann, als das Unterseeboot schon ziemlich nahe war, einen Zickzack zu steuern. Die Geschwindigkeit der „Atlanta“ war aber nicht halb so groß wie die des Unterseebootes, so daß dieses fast bis auf Nahaufweite herankam und zu feuern begann. Als der Kapitän sah, daß keine Aussicht auf ein Entkommen war, ließ er die Besatzung in die Boote gehen. Bald darauf sah sie die „Atlanta“ in Flammen und das Unterseeboot eilte gegen Südwest verschwinden. Die Besatzung erreichte nach mehreren Stunden Irish Coast.

Don der Westfront.

Eine eigenartige Erscheinung des Weltkriegs ist, daß immer wieder nach Schlachten ein Streit zwischen offiziell mitgeteilten und tatsächlichem Verlauf der verschiedenen Vorfälle besteht. Der Bericht der Presse ist oft ein Bild der Wirklichkeit, das dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse in der Schlacht nicht ganz entspricht. Besonders lebhaft war die Auseinandersetzung nach dem verunglückten großen Unternehmen der Franzosen in der Champagne. Dazu wird jetzt von deutscher Seite amüßlich erklärt:

Im Ausland wird von französischer Seite die Nachricht verbreitet, daß es sich bei der Winterschlacht in der Champagne nicht um einen Durchbruchversuch, sondern um die Absicht handelte, die deutschen Kräfte zur Einkesselung der Russen zu zwingen. Man will hiermit einmal den eigenen Mißerfolg benützen und andererseits dem Bundesgenossen Sand in die Augen streuen. Leider wird die Behauptung dadurch widerlegt, daß die Kämpfe, die am 16. Februar in der Champagne begannen, nicht wohl russische Truppen entlocken konnten, die an diesem Tage schon in den russischen Wäldern umzingelt waren und daß ferner den Deutschen Befehle in die Hände gefallen sind, die den Durchbruch ausdrücklich anordneten.

Gegen den ersten Teil des Schlüsselschlusses können die Franzosen sagen, sie hätten nicht gewußt, daß die Dinge in der Natur so weit gediehen waren. Der letzte Teil des Satzes kann aber nur glatt bestritten werden; aber da müßte die französische Anführerschaft sich sicher fühlen, daß ihr nicht durch Veröffentlichung eines solchen Befehls der Mund gestopft wird. — Die amtliche Notiz fährt fort:

Der englische Oberbefehlshaber soll, wie aus Kristiania und Bukarest gemeldet wird, den Verlust der Deutschen bei Neuve Chapelle auf 18 000 Mann beziffert haben. Diese Zahl übertriebt die tatsächlichen Gesamtverluste um das Dreifache. Auch sonst sind in letzter Zeit im Ausland teils unerhört übertriebene, teils

völlig frei erfundene Nachrichten über große Verluste der deutschen Truppen verbreitet worden. Die deutsche Heeresleitung bleibt demgegenüber bei ihrem Entschluß, im allgemeinen auf den Kampf gegen Lügen zu verzichten. Sie trägt im Bewußtsein des Vertrauens des eigenen Volkes kein Bedenken, die feindlichen Berichte noch wie vor auch zur Veröffentlichung in der deutschen Presse zuzulassen.

Also 6000 Mann deutsche Verluste bei Neuve Chapelle; darunter sind nach englischen Angaben mehr als ein Viertel Gefangene. Den englischen Verlust haben Londoner Blätter mit 12 000 angegeben. Die englischen Verlustlisten vom 10. bis 14. März enthalten die Namen von 305 britischen Offizieren, die bei Neuve Chapelle gefallen sind, verwundet wurden, oder vermißt werden, darunter allein 113 Tote. Jedenfalls haben die Engländer den Gewinn eines winzigen Geländestreifens fürchterlich teuer bezahlen müssen. Von 41 Regimenten, die beteiligt waren, sollen am meisten die schottischen Cameron Highlanders gelitten haben. Die „Times“ veröffentlichten den Brief eines englischen Stabsarztes, in dem es heißt: Tag und Nacht gehen uns Verwundete zu. Alle Spitäler sind überfüllt. Ich behandelte innerhalb zwei Tagen mindestens 200 Offiziere. Die „Times“ fordern dringend auf, eiligst ein Pfliegerkorps zu organisieren.

Sechs Bomben hatte ein französischer Flieger neulich auf Schmettern abgeworfen. Getötet wurden ein Schüler und zwei Seminaristinnen. Schwere Verletzungen drei Schüler, ein Lehrling, eine Frau, ein Mann, mehrere Personen leicht verletzt.

In Konstantinopel trafen 156 deutsche Invaliden aus Frankreich ein. Es handelt sich zumeist um bei Pont-a-Mousson verwundete Rheinländer.

„Corriere della Sera“ meldet aus Perpignan: Aus dem Konzentrationslager von Mont Saint Louis sind 16 deutsche Gefangene entwichen. 3 davon wurden an der Grenze wieder ergriffen.

Nachgiebigkeit englischer Schiffsbauer.

Petersburg, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) Wie der „Rotterdamse Courant“ berichtet, beschloß das technische Personal der Werke am Clyde mit 5516 gegen 1522 Stimmen sich hinsichtlich der Arbeitsbedingungen den Beschlüssen der Schiedsgerichtskommission der Regierung zu fügen, die ihre Arbeiten sofort beginnen soll.

Die Lage im Osten.

Der militärische Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ bespricht die Lage zwischen Rumänien und Bulgarien und betont das bewußte Anhalten der deutschen Verfolgung nach der Schlacht in Masuren durch höhere Führertruppen. Er hebt die außerordentlich gelungene Gruppierung der Truppen hervor, deren linker Flügel eine ständige Flankenbedrohung für die russischen Vorstöße aus der südlichen Hälfte des Niemen-Abchnittes bildete. Zudem stände er zur freien Verfügung des Führers. So gestaltete sich im ersten März-Drittel die Lage im Niemen-Abchnitt derart, daß die Russen von der beabsichtigten, teilweise schon ins Werk gesetzten Offensive abließen und nahe am Fluß im Bereich der Festungen auswichen. Der deutsche Erfolg wäre aber um so bemerkenswerter, weil er nicht durch langwierige, verlustreiche Gefechte herbeigeführt wäre, sondern durch eine geschickte operative Gruppierung und rechtzeitigen Wechsel zwischen angriffsweisem Verfahren und glücklichen andauerndem Manövrieren zur gegebenen Zeit. Es sei ein neuer Sieg, der durch die Weine gewonnen worden wäre.

An den Karpaten und in Südostgalizien ist der Kampfgeist der Russen noch nicht gebrochen, immer erneuern sich ihre Angriffe, die aber alle abgewiesen werden. Aus Petersburg wird über Stockholm offiziell gemeldet: Am Abschnitt von Przemyśl führt die Festungsartillerie fort, täglich mehr als 1000 Granatgeschosse auf unsere belagerten Truppen zu schleudern, die dadurch täglich Verluste erleiden.

Der russische Gouverneur für Galizien in Lemberg, Fürst Bobrinski, bestimmte: 1. Personen jüdischer Nationalität ist der Eintritt in die Provinz Galizien untersagt. 2. Personen jüdischer Nationalität ist untersagt, von einem Kreise Galiziens in den anderen zu reisen. Zuwiderhandlung wird im Verwaltungswege mit 3000 Rubeln Strafe belegt. Eine unerhöhlliche Goldgrube der Bereicherung korrupter russischer höherer Offiziere und Beamten wird damit geöffnet.

Ufern der Moldau, in später Nachtstunde leuchteten und die Lichter der Kolonnenfabriken von Br. entgegen, in denen Tag und Nacht gearbeitet wird, um den riesigen Bedarf der Armee herzustellen. Die Hoffnung, durch Wien zu kommen, haben wir am folgenden Morgen dadurch getrübt, daß wir uns beim Einmarsch bereits in Stablag befanden — der Zug war weit oberhalb Wiens abgelenkt und direkt nach der ungarischen Grenze dirigiert worden. Hier begannen nun allmählich die Störungen. Unmittelbar hinter uns fuhr ein großer Transportzug, vor uns hatten wir einen langen Zug mit bayerischem Vagarettmaterial, Kisten, Feldpostbeuteln und allem, was zu einem solchen Transport gehört. Das Bild auf den Bahnhöfen wurde immer interessanter. Eine Mischung von Truppen aller Gattungen, die dort auf sehr einfache Weise ihre Morgenkolonne vornahmen. Das Chaos, das sich bildete, entsetzte sich immer wieder in geradezu wunderbarer Weise, und wenn da und dort ein Mann zurückblieb, in kurzer Zeit hatte er seinen Transport, der so unterwegs nicht ausweichen konnte, wieder erreicht. Es gab zwar einiges Gepolter seitens der Vorgesetzten, aber sonst war immer alles in schönster Ordnung.

Während der Fahrt hielten sich die Truppen in der Nähe einer ungarischen Station hand. ein Zug mit tschechischen Verwundeten, die aus den Kämpfen in den Karpaten zurücktransportiert wurden. Die österreichischen Vagarettzüge sind etwas primitiver eingerichtet, als die deutschen. Die Verwundeten liegen teilweise auf Strohhallen in den Güterwägen. Den Verwundeten sah man es an, daß sie einer baldigen Erneuerung dringend bedurften. Das Aussehen der Verwundeten ließ erkennen, welchen Strapazen diese Kämpfer in dem unwirtlichen Gebiete der Karpaten ausgesetzt waren. Auf den Gesichtern prägten sich deutlich die Spuren vorausgegangener Leiden und Entbehrungen aus. Bald darauf fuhr ein Transportzug ein; die in das Feld ziehenden begrüßten die von dem Kampfplatz Zurückkehrenden. Unsere deutschen Soldaten führten beim Anblick der Verwundeten aus den Wägen, drückten ihnen die Hände; eine sprachliche Verständigung war natürlich nicht möglich, aber Mitleid und Händedruck brachten deutlich das Mitgefühl und das Gefühl der Zusammengehörigkeit zum Ausdruck. Wir beschlossen, diesem Zusammenreffen die richtige Weise zu geben, ließen einige große Zigarettenkisten öffnen, und mit herzlich Dankbarkeit nahmen die Verwundeten die dargebotenen Spenden in Empfang. Doch dabei auch unsere Soldaten auf zu kurz gekommen sind, bedarf wohl keiner Erwähnung. Auf dem Güterbahnhof in Budapest — Rakos-Ménfő — hat die ungarische Militärverwaltung ein riesiges Feldlager eingerichtet, das von den Bos-

Petersburg, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Nowoje Wremja“ meldet: Die Regierung beschloß, eine neue, 5000 Kilometer lange Eisenbahnlinie zu bauen, die das Zentralgebiet des Ural mit dem Eismeer verbinden soll.

Petersburg, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) „Nietich“ sagt in einem Artikel über die Feuerung, es sei unnatürlich, daß in Russland, wo ein Überfluß an Lebensmitteln vorhanden sei, eine Feuerung herrsche. Diese sei zurückzuführen auf die Unfähigkeit der Regierung und die Planlosigkeit ihrer Maßnahmen, insbesondere auf ihr Misstrauen gegen die Tätigkeit der Organe der Selbstverwaltung und auf die Unterdrückung der Konsumvereine. Die Regierung wolle alles nur durch althergebrachte, administrative Strafmahregeln erreichen, die nur die kleinste Zwischenhändler trafen, die großen Spekulant jedoch frei ausgeben ließen. Nur die Zusammenarbeit der Regierung mit den Organen der Selbstverwaltung könnte die Feuerung in den Großstädten beseitigen.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 19. März. Amtlich wird verlautbart: In den Karpaten im Raume Lubow und Smolnie lebhafter Gefechtskampf. Ein auf den Höhen südwestlich Valigrod angestellter Nachschubangriff der Russen wurde nach kurzem Kampfe zurückgeschlagen. Starke feindliche Kräfte griffen vormittags unsere Stellungen nördlich des Ujsofer-Passes an. Wie am 14. März wurden sie auch gestern unter schweren Verlusten abgewiesen.

An der Schlachtfront in Südost-Galizien wurde vormittags erbittert gekämpft. Die zahlreichen Angriffe, die der Feind diesmal gegen die Mitte und den linken Flügel der Stellung richtete, scheiterten durchweg an der festen und standhaften Haltung unserer braven Truppen. Der Gegner erlitt sehr schwere Verluste. Das Angriffsfeld ist bedeckt von Toten. Hundert Offiziere und 500 Mann des Feindes wurden entwaffnet und gefangen.

An der Front in Westgalizien und Polen keine Veränderung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Karthum belagert?

In einigen Blättern wird die Vermutung ausgesprochen, der Bericht eines deutschen Kaufmanns über die neue Rabbinistenbewegung sei eine Fälschung, die ein zweiter Karl May erfunden habe. Wie jedoch die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, hat ein Großhändlerhaus in Rotterdam die briefliche Nachricht erhalten, derzufolge Karthum seit Februar von etwa 60 000 Mann aller mohammedanischen Stämme unter dem Oberbefehl eines neuen Mahdi belagert werde. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist bisher nicht zu erhalten gewesen, doch sei es Tatsache, daß Oberägypten seit ungefähr sechs Wochen von jeder Verbindung mit Unterägypten abgeschnitten sei.

Rotterdam, 20. März. (D. D. P.) Aus Tanger meldet die „Daily Mail“, daß Kaisuli sich selbst zum Sultan ausgerufen habe. Die Stämme im französischen Einflussgebiet gehen zu ihm über. Wie erinnerlich, war Kaisuli allmählich zu einem der eifrigsten Parteigänger Frankreichs gemacht worden.

Japan hat Eile!

Rotterdam, 19. März. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet: Der japanische Ministerpräsident Okuma hat die Frist für die Annahme der japanischen Forderungen durch China vom 1. April auf den 25. März verlegt. Japan will augenscheinlich die Unterhandlungen mit China vor den japanischen Parlamentswahlen beenden. — Nach einem Berliner Telegramm des „Daily Telegraph“ will China die einzigen japanischen Forderungen, die es als in Widerspruch mit seinen Souveränitätsrechten stehend erachtet, unter keinen Umständen bewilligen. China wartet den Friedensvertrag Europas ab und ist überzeugt, daß England den Vertragsbestimmungen mit Japan über die Unverletzlichkeit des chinesischen Gebietes Achtung verschaffen wird.

nischen Soldaten in ihrer kaislichen türkischen Uniform betraut wird. Wie wir erfahren, handelt es sich bei dem Wachkommando um Leute festlicher Nationalität, die man der Wacht halber lieber zur Bewachung der Depots verwendet. Das Bild, das einzelne dieser Leute boten, erinnert lebhaft an die „Komitatshis“, die man aus den illustrierten Zeitungen kennt. Die deutschen Offiziere wurden mit mächtigen Schepfeln ausgerüstet, die Soldaten kamen zum Teil Pelzwesten und andere wärmende Uniformstücke; denn man rechnete auf, mit welcher grimmiger Kälte in den Karpaten zu tun haben ist.

Von Budapest aus führen verschiedene Linien in das Kampfgebiet, zum Teil allerdings meist eingleisige Bahnen, die schließlich vor den Karpaten wieder zusammenstoßen, um dort in eine ebenfalls eingleisige Bahn einzubiegen. Was diese Bahnen leisten können, ist geradezu unglaublich. Ein Truppentransport hinter dem anderen, Munitionszüge, riesig lange Vagarettzüge streben dem Kampfgebiet zu. Die Vorräte müssen zurückgeführt werden, dazu große Transporte von Verwundeten und Gefangenen, so daß es begreiflich erscheint, daß die Fahrt nur mit großer Langsamkeit vor sich gehen kann. Im allgemeinen scheint aber doch alles ziemlich glatt zu gehen. Auf den einzelnen Stappenkommandos sieht man eine bunte Mischung der Truppen. Unsere Feldgrauen, die hochgrauen Oesterreicher, die Honved-Gusaren in ihrer bunten Tracht, dazu die einheimische Zivilbevölkerung, die auf Verbesserungsgelagenheit mitunter viele Stunden lang zu warten hat. Die größten Bahnhöfe gleichen einem Deerslager.

Je näher man dem Gebirge kam, desto kälter wurde es. Vor Debreczin zeigte das Thermometer eine Außentemperatur von 17 Grad Kälte. Den vor uns fahrenden, Bayern war die Heizung eingefroren. Mächtig zusammengekauert entstiegen sie am Morgen dem Zug, der im heulenden Sturm stundenlang auf der Strecke stillgelegen hatte. Die Oesterreicher und ungarischen Truppen haben sich zu helfen gewußt. Sie sind mit sogenannten Schwarzwäldern ausgerüstet, die zusammengelegt werden können und die sich im Güterwagen ohne besondere Schwierigkeit aufstellen lassen. Das Rohr wird entweder zu einer Türöffnung hinausgeführt, mitunter auch wird der Einfahrt halber ein Loch in die Dede gebohrt, und so ist es in diesen Wagen ziemlich behaglich warm. Das Heizmaterial liefern die Holzstämme, die in der Nähe der Wagen stehen. Die Wegnahme der Stämme ist zwar nicht gestattet; aber schließlich ist es Krieg, und man macht nur aus der Not ein Tugend.

Feuilleton.

Mit dem Wollzug in die Karpaten.

Str. Bin. Bei Ausbruch des Krieges bildete sich in Berlin ein „Kriegsausflug für warme Unterleiden“, der es sich zur Aufgabe stellte, über die Leistung der Jalandanur hinaus die in Deutschland stehenden deutschen Truppenteile mit warmer Unterleiden zu versorgen. Daß diese Fälschung eine dringende Notwendigkeit war, hat sich im Laufe der Zeit deutlich erwiesen. Seit dem Herbst sind fast jede Woche vollbeladene Wollzüge nach dem Osten und nach dem Westen abgegangen. Die Mittel des Kriegsausfluges fließen aus freiwilligen Gaben und Zuschüssen sozialer Einrichtungen. Wenn später einmal ein Nachschubbericht gegeben wird, wird man staunen, was von dem Ausflug geleistet worden ist.

Anfang März stand denn auch in Berlin ein langer Zug mit 27 vollbeladenen Wägen zur Abfahrt in die Karpaten bereit. 27 Waggons waren mit Wollschafen, Sped, Schinken, Würsten, Zigaretten und Tabak beladen, im Gesamtwerte von etwa anderthalb Millionen Mark. Die großen Militärtransporte machten es leicht unmöglich, den Zug, wie es das einfache Gewissen wäre, über Oberberg-Rakow zu ziehen; es mußte vielmehr ein ganz gewaltiger Umweg gemacht werden, nämlich über Dresden, Prag, Brünn, Wien, Budapest, weiter südlich bis nach Debreczin, dann erst nordwärts bis der Zug nördlich seinem Ziele entgegen.

Die Hoffnungen eines Teiles der Begleitmannschaft, bei dieser Gelegenheit sich die genannten interessanten Städte ansehen zu können, wurden allerdings zu Wasser, denn die Züge führten auf den Rangierbahnhöfen ein, wurden von dort wieder weitergeleitet, so daß man von den Städten eigentlich nur Pragg zu sehen bekam, durch den Zug hindurchgeleitet werden mußte. Bei einer Geschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde wußte man von vornherein, daß man Zeit und Geduld haben müsse. Immerhin war dieses Tempo noch großartig gegen das, das auf den ungarischen Bahnen eingehalten wurde. Für die Strecke von Warburg nach Budapest, 282 Kilometer, brauchte der Zug 18 Stunden, schlug also ein Tempo ein, das einem geübten Radfahrer keine besondere Mühe macht. Und je näher der Zug den Karpaten kam, desto mehr verlangsamte sich das Tempo, und zwar so sehr, daß unser Schlafwagen schließlich kein elektrisches Licht mehr erzeugte, so daß wir die Abende bei Kerzenlicht verbringen mußten. Der erste Morgen sah uns an den

Deutschlands Nahrungsbedarf gesichert.

Berlin, 19. März. (W. B. Reichamtlich.) Die Unterstaatssekretär Michaelis vom preussischen Finanzministerium hat den Vertretern der Presse mitgeteilt, dass er, nachdem die Bestandaufnahme vom 1. Februar vorliegt, die Versorgung des Konsums genau geregelt sei, sowie nachdem die Überzeugung von der Einschränkung des Bedarfs auch in die weitesten Volksteile gedrungen sei, mit Bestimmtheit sagen, dass wir unbedingt mit unseren Vorräten bis zur neuen Ernte, ja bis in den August hinein, reichen werden. Wir hätten sogar noch einen Reservefonds von 20 Prozent der Bestände. Des weiteren teilt der Unterstaatssekretär mit, dass mit dem 1. April 1915 die Möglichkeit der Selbstbewirtschaftung der Kommunalverbände auf Grund des Paragraphen 26a der Bundesratsbestimmungen eintreten werde, und dass auch von diesem Zeitpunkt an die Preisregelung erfolgen werde, die sowohl den gerechten Forderungen der Produzenten wie Konsumenten entsprechen werde.

Das Gelingen der Nahrungssicherung durch Deutschlands Kriegsgegner ist also gebannt. Nun bedarf es noch schärferer und energischer Maßnahmen gegen die Ausbungerer, die im Reiche sitzen. Die Diagonale der Interessen neigte sich bisher zu stark nach der Seite der „Produzenten“, besonders auch der Spekulant. Die Verteuerung der Kartoffeln um mindestens 100 Prozent war die Folge. Aber auch der Mehlwucher ging ins Maßlose; die jetzt bekannt werdenden Jahresabschlüsse der Großmühlen legen davon bezeugendes Zeugnis ab. Ein halbes Jahr Krieg hat die Dividenden aufs Doppelte in die Höhe geschmettelt und die Fonds überreichlich geliebt. Der unübersehbare Fehler unterlassen oder ungenügenden Eingreifens kann nie mehr gutgemacht werden, höchstens kann den Vieferanten und Spekulanten aller Branchen ein Teil der Mißfälligkeit als Steuer wieder abgezogen werden. Aber was an Nahrungsmitteln überhaupt noch vorhanden ist, das muß vor der Profitgier gesichert werden, soll nicht die Ernährung breiterer Volksteile aufs schwerste leiden. „Landgraf, werde hart!“

Beschränkung der Freizügigkeit in Bayern.

Eine sehr wichtige Verfügung hat, wie sich die „Tägliche Rundschau“ von ihrem Münchener Vertreter telegraphieren läßt, das Stellvertreterkommando des 1. Bayerischen Armee-Korps für die ländlichen Dienstboten und Landarbeiter herausgegeben. Nach dieser Verfügung dürfen für die Dauer des Kriegszustandes landwirtschaftliche Dienstboten und Arbeiter vor Ablauf der Erntearbeiten ihre Dienststelle ohne Einwilligung des Arbeitnehmers nicht verlassen. Landwirtschaftliche Arbeitgeber dürfen ihrerseits ländliche Dienstboten und Arbeiter nicht aufnehmen, die nicht eine Bescheinigung der Stellung verlassen haben. Verfehlungen gegen diese Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Natürlich ist die Sicherung der Ernte für das deutsche Volk von höchster Wichtigkeit, aber sie läßt sich auch durch andere Maßnahmen erzielen. Jedenfalls: jene Bauern, die Dienstboten und Arbeiter beschäftigen, erzielen jetzt beträchtliche Mehreinnahmen. Es ist nur billig, daß sie die Dienstboten und Arbeiter entsprechend besser stellen. Nimmt die Verfügung des Generalkommandos, deren Wortlaut wir nicht kennen, darauf gebührend Rücksicht?

Kriegsgefangenen-Beschäftigung.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission schreibt in seiner letzten Nummer über „Grundzüge für die gewerbliche Beschäftigung von Kriegsgefangenen“ folgendes:

Die große Häufung feindlicher Kriegsgefangener in Deutschland einerseits und der Mangel an geeigneten Arbeitskräften andererseits, infolge des Krieges in erhöhtem Maße mit Notwendigkeit versehenen Industrien haben es notwendig gemacht, auch Kriegsgefangene zu gewerblicher Beschäftigung, soweit sie sich zu solcher eignen, heranzuziehen. In erster Linie kommt hierbei der Bergbau in Frage. Die Gewerkschaften haben sich der Abwägung gegenüber, die eine solche Beschäftigung von Kriegsgefangenen nahelegt, nicht ablehnend verhalten; indes haben sie gefordert, daß eine solche Verwertung nicht von jedem beliebigen Wunsch eines Unternehmers abhängt, sondern in jedem einzelnen Falle der Genehmigung der Reichszentrale der Arbeitsnachweise in Berlin (W. 8, Wilhelmstraße 74) bedarf, und daß diese Beschäftigung zu Lohnzwecken erfolge, die keine Verarmung deutscher Arbeiter und keinerlei Vermehrung der Arbeitslosigkeit herbeiführen könnten.

Das preussische Kriegsministerium hat die Veranlassung dieser Forderungen in hohem Maße anerkannt. Die Reichszentrale

Nach einer Fahrt von 110 Stunden waren die Karpaten in Sicht. Nimmlich unvermittelt steigen hohe Berge bis zu 3000 Metern aus der Ebene empor. Durch das wilde Gebirge, das nur sehr schwach bevölkert ist, führen ganz wenige Pfade in der Richtung nach Galizien, die natürlich vollständig für Militärtransporte in Anspruch genommen werden. Die Unternehmungskraft für die Mannschaften ist unter diesen Umständen durchaus beschränkt. Die großen Waggengänge werden nicht durch Pferde, sondern durch Ochsenbespannen gezogen, deren oft 8 oder 8 vor einem solchen Wagen gespannt sind, den man mit lauten Schall vorangebracht werden. In den tief vermaurten Gefallen, die man vielfach zu sehen bekommt, vermutet man zunächst gar keine Soldaten. Vielfach haben sich die Soldaten mit russischen Mänteln ausgerüstet, die sehr gut und sehr warm sind. Die große Kälte wird trotz alledem von den Truppen ganz gut ertragen, jedenfalls fürchtet man die Kälte nicht so sehr, als das Laumetter, das, wenn es eintritt, die Gefährlichkeit in reißende Strömung verwandelt und den Boden derart aufweicht, daß Mensch und Tier nur mit größter Schwierigkeit vorwärts kommen können.

Was die Truppen dort zu leisten haben, das ist ganz unglaublich, aber es wird geleistet und mit frischem Mut schiebt sich Kolonne um Kolonne vorwärts. Am Fuße der Karpaten sind große Kriegslazarette errichtet, die den Verwundeten die erste Hilfe vor dem Abtransport bieten sollen. Der Gesundheitszustand der Truppen ist nicht schlecht. Die Nahrungsmittelzufuhr ist gut geregelt und erfolgt reichlich. Die Erkrankten werden zumeist nach dem großen Feldspital in Satorja-Wilch gebracht, wo die weitgehendsten sanitären Maßnahmen getroffen sind, um eine weitere Verschleppung von Seuchen zu verhüten.

Im Gebirge selbst haben sich die Russen gut verhalten, und es ist eine schwere Arbeit, die der kombinierten Armee harzt, die von der ungarischen Seite der Karpaten aus operiert. Sowohl die deutschen als auch die österreichischen und ungarischen Offiziere sind empört über die unehrenhafte Menschenökonomie, die Rußland dort zur Anwendung bringt. Die Russen haben in der Regel vier bis fünf hintereinander liegende Linien. Ist eine geworfen, so steht die zweite, nachdem die dritte und vierte kampfbereit da. Sie rechnen offenbar damit, daß schließlich bei den verbündeten Truppen eine Erschöpfung eintreten muß, die es dann den hinteren Linien der Russen ermöglicht, zur Offensive vorzugehen oder doch

der Arbeitsnachweise soll die Genehmigung der Beschäftigung von Kriegsgefangenen nur erteilen, wenn die zuständigen Arbeitsnachweise sowohl, wie die gewerblichen Organisationen bestätigt haben, daß arbeitslose deutsche Arbeiter nicht vorhanden sind. Auch soll sie in jedem einzelnen Falle, wo sie die erforderliche Bescheinigung ausstellt, daß gegen die Abgabe von Kriegsgefangenen nach der ihr bekannten Lage des Arbeitsmarktes keine Bedenken vorliegen, gleichzeitig den in Frage kommenden ortsbildlichen Tagelohnsatz für die ungelernen Arbeiter angeben, wie er in der Weisung zu Nr. 5 des Zentralblatts für das Deutsche Reich vom 16. Januar 1914 veröffentlicht ist. Dieser Tagelohn soll aber nur für ungelernete Arbeiter zutreffen, die Löhne für die gelernten Arbeiter seien erheblich höher. Die Qualifikation z. B. zahlen für ungelernete Arbeiter 4 Mark, für gelernte Arbeiter 6 bis 8 Mark Tagelohn, je nach dem Berufe. Gemäß der für die im Inland festgehaltenen russischen Saisonarbeiter in Braunkohlenbergwerken getroffenen Festsetzung solle für gelernte Arbeiter der Lohn gezahlt werden, den ein entsprechender deutscher Arbeiter in diesem Berufe und an diesem Orte im Tage- oder Stücklohn verdient. Weisen für das in Frage kommende Gewerbe Tarifverträge, so ist der Tariflohn zu zahlen. Die Kontrolle darüber soll in gewerblichen Betrieben den Gewerkschaftsbeamten, bei Bergwerken den Betriebsbeamten zufallen. In Zweifelsfällen sollte sich der Lohn für Kriegsgefangene, die als gelernte Arbeiter beschäftigt werden, um 50 Prozent über den Lohnsatz stellen, der als ordentlicher Tagelohn für ungelernete Arbeiter des betreffenden Platzes festgesetzt ist.

Dementsprechend soll bei allen Anträgen wegen Abgabe der Erklärung über die Unbedenklichkeit der Beschäftigung von Kriegsgefangenen stets angegeben werden, an welchem Ort die Gefangenen beschäftigt werden sollen und welche Art von Arbeitern, ungelernete und gelernte, welcher Berufe, in Betracht kommen.

Wir bringen diese Mitteilung des Kriegsministeriums hierdurch zur Kenntnis der Gewerkschaften und ersuchen sie, in allen Fällen der Beschäftigung von Kriegsgefangenen, soweit sie zu ihrer Kenntnis gelangen, auch ihrerseits die prompte Durchführung dieser Grundzüge zu überwachen.

Um das Jesuitengesetz.

Berlin, 19. März. (W. B. Reichamtlich.) In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 18. März wurde ein Antrag auf Aufhebung der gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen erörtert. Hierdurch wurde insbesondere die Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert und die Politik gegenüber den nicht deutsch-protestantischen Volksteilen einer Kritik unterzogen.

Der Staatssekretär des Innern wies darauf hin, daß der Verlauf der Debatte beweise, wie kompliziert die ganze Angelegenheit sei, und daß es ohne eine tiefe Beurteilung weiterer Volkskreise nicht möglich sei, gesetzmäßige Maßnahmen in der von den Antragstellern gewünschten Richtung zu ergreifen. Deshalb müsse der Standpunkt aufrecht erhalten werden, daß an diese Fragen erst nach dem Kriege herangetreten werden könne. Darüber, was ein Ausnahmegegesetz sei, gingen die Meinungen auseinander. Bestehe man mit ihm darunter Ausnahmen vom gemeinen Recht, die sich gegen bestimmte Bevölkerungsklassen wägen, so müsse das Jesuitengesetz als ein aus dem Kulturkampf libris gebliebenes Ausnahmegegesetz bezeichnet werden, das infolgedessen nach dem Kriege jedenfalls auf seine Haltbarkeit um so mehr werde geprüft werden müssen, als große Parteien ihre Anschauungen hierüber schon gewandelt hätten und noch zu wandeln schienen. Das Vereinsgesetz enthalte keine Ausnahmebestimmungen. Insbesondere bei der Straßenparade keine solche Ausnahmebestimmung, er gehöre in das System von Ausnahmen, über das nur bei der in Aussicht gestellten Revision der inneren Politik, insbesondere der Polizeipolitik, über welche der Minister des Innern im Abgeordnetenhaus das Erforderliche gesagt habe, Bescheid werden könne. Der Antrag, den Bundesrat zu ersuchen, die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen, wurde angenommen.

Für Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen.

Die Kommission für den Reichshaushaltsetat stellte zu dem Etat über den allgemeinen Pensionsfonds folgenden Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: ersuchen, folgende Resolution anzunehmen: Der Reichskonsler zu ersuchen: 1. Nach Beendigung des Krieges einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Pensionierung und Versorgung der Kriegsinvaliden angemessen regelt. 2. Nach in dieser, spätestens in der nächsten Tagung des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den über die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 1907 hinaus den zu versorgenden Witwen, Waisen und Hinterbliebenen Zusatzrenten gewährt werden, die nach dem letzten

wenigstens ein weiteres Vorwärtsschreiten aufzuhalten. Der Gebirgskrieg, der dort geführt werden muß, dürfte sicher zum Durchbruch führen, was dieser Krieg gewiß ist.

Die dem Gebirge vorgelagerte Gegend ist ziemlich schwach bevölkert, zum großen Teil wohnen dort slowakische und ruthenische Bauern, deren Bedürfnislosigkeit genugsam bekannt ist. Die arbeitsfähigen Männer haben durch den Einbruch der Russen wenig gelitten, denn es waren nur die russischen Vorhuten, die bis dahin vorgedrungen sind. Der Schauspieler maßloser Verwüstungen und ungläublicher Zerstörungen liegt jenseits des Gebirges in der galizischen Ebene.

Die aus dem Kampfgebiet zurückkehrenden Truppen bieten ein sprechendes Bild ungeheurer Strapazen. Trophäen ist alles von Kampfesmut befeuert, und es sind insbesondere die deutschen Truppen, die von der Bevölkerung mit hellem Jubel ausgenommen werden. Man ist allgemein davon überzeugt, daß es gelingen wird, die Russen aus dem starken Widerstand herauszuwerfen, die sie in den Karpaten eingenommen haben.

Frankfurter Theater.

Oberhaus. Eine Volkshausvorstellung — ein volkstümliches Haus! Zum Besten der Pensionkassen des Chorpersonals fand gestern die 25. Aufführung des „Wassilja“ mit Herrn Jorchhammer in der Titelrolle statt. Die alte Zugkraft Jorchhammers hat sich bewährt, er versammelte eine große Gemeinde um sich, die seine immer eigenartige Gestaltungskraft von neuem bewundern konnte. Jorchhammer folgte den Partikeln meistens locker auf, als mit ihm aus dem Quitt und Gertner gehen lassen. Wir sehen in ihm mehr Kraft und Wille, als kindlich-naive Darstellung. Ganz besonders kommt dies im Pauerparten in der großen Szene mit der Anden vortellhaft zum Ausdruck. Die übrigen Rollen waren mit den ersten Kräften besetzt, im wesentlichen die gleiche Besetzung, wie bei der ersten Aufführung: Herr Freitenfeld sang den schwerfälligen Ausforscher, Frau Clairmont die Anden und Herr Jorchhammer die Pauerparten. Das verstärkte Orchester unter Leitung von Herrn Jorchhammer war auf der Höhe und verdient volles Lob, das auch auf die großen Orgel zutrifft. Alles in allem: ein sehr gelungenes Beispiel, wie es Wagner benannt hat, des Reichers würdig. h-h.

Arbeitseinkommen der zur Heime Eingezogenen und infolge des Krieges Verstorbenen abgestuft werden, mit der Maßgabe, daß diese Renten, unter Anrechnung der Renten des Gesetzes vom 17. Mai 1907 bis zu einer möglichen Höhe ansteigen, und daß eine Berücksichtigung des Einkommens aus fundierten Ertragsquellen derart stattfindet, daß das Gesamteinkommen der Familie, zuzüglich der Arbeitsrente, 5000 Mark nicht übersteigt. Zweite: Der Kommission für den Reichshaushaltsetat zur abschließenden Durcharbeitung nach sozialen Gesichtspunkten zu überweisen: 1. Das Gesetz über die Versorgung von Personen der Unterlassen des Reichsbeeres, der kaiserlichen Marine und der Schutztruppen vom 31. Mai 1906 und 3. Juli 1913, 2. das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907.

Der Reichstag hat diesen Antrag am Freitag angenommen.

Die Kriegsmahnahmen des Bauarbeiterverbandes.

Nach Ausbruch des Krieges hatten Vorstand und Beirat unter teilweiser Aufhebung des Statuts, soweit die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Betracht kam, besondere Kriegsmahnahmen beschlossen. Dazu gehörte die Einführung einer Notstandsunterstützung für Arbeitslose und eine periodische Unterstützung für die Familienangehörigen der im Felde stehenden Verbandmitglieder. Die Notstandsunterstützung, die bis zu 15 Wochen an die Mitglieder gezahlt werden soll, wurde am 31. Dezember bei denjenigen eingeführt, die bis dahin die Unterstützung erhalten hatten. Für die übrigen Unterstützungsberechtigten ruhte die Fortzahlung der Unterstützung für den Monat Januar. Bis zum 31. Dezember waren dafür aus den Mitteln des Verbandes 1 880 455 Mark verwandt. Für die Familienunterstützung waren bis zu dem gleichen Zeitpunkt 1 881 230 Mark ausgegeben; zusammen also 3 761 785 Mark.

Gegen die Einführung der Notstandsunterstützung wurde in Mitgliederkreisen anfänglich viel Widerspruch laut, weil die Mitglieder in den im Verhältnis zu den künftigen Eiden der Arbeitslosenunterstützung eine Benachteiligung ihrer erworbenen Rechte erblickten. Dabei wurde ganz übersehen, daß die geringeren Unterstützungssätze reichlich aufgewogen werden durch die nahezu doppelt verlängerte Unterstützungsperiode, nämlich von 8 Wochen bei der Arbeitslosenunterstützung auf 15 Wochen bei der Notstandsunterstützung, so daß in der Endsumme ein erheblich höherer Unterstützungssatz herauskommt, als bei der früheren künftigen Arbeitslosenunterstützung. Veranschlagt wird auch noch werden, daß diese Notstandsunterstützung in keiner Weise mit sonstigen Unterstützungsformen eine Aufrechnung erfährt, wodurch den Mitgliedern bei dem Bezug der Notstandsunterstützung weder bei der Einführung derselben Schwierigkeiten entstanden sind, noch ihnen in der Zukunft bei der Wiedereinführung des Statuts und der Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung entstehen werden.

Vorstand, Ausschuss und Beiratsrat haben nun aufs neue Stellung genommen zu der Frage, ob die Wiedereinführung des Statuts nunmehr wohl greifen soll, oder ob weiter Kriegsmahnahmen getroffen werden sollen. Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet, wäre es für die weitere günstige Gestaltung der Vermögenslage des Verbandes richtig gewesen, jetzt das Statut wieder in Kraft zu setzen. Indessen die 17 500 arbeitslosen Mitglieder, die der Verband nach seiner Statistik z. B. noch aufzuweisen hat, und von denen mindestens 14 000 noch ein Recht auf Unterstützung haben, haben die genannten Rücksichten abzuwägen, die Unterstützung in der bisherigen Form weiter bestehen zu lassen. Daneben ist beschlossen worden, diejenigen Mitglieder, die bereits ausgeteilt sind, aus neue in die Berechtigung einer Unterstützung auf die Dauer von 8 Wochen eintreten zu lassen, wenn ausschließlich des Monats Januar, 12 Wochen seit dem letzten Unterstützungsbezug vergangen sind und wenn sie während dieser Zeit mindestens 4 Wochen gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Arbeitslose Mitglieder müssen sich während der ganzen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zur Kontrolle gemeldet haben.

Die Wiedereinführung der Unterstützungsberechtigung wird weiter abhängig gemacht von einer gewissen Arbeitspflicht. Es ist leider vorgekommen, daß einzelne Mitglieder die ihnen zugewiesene Arbeit verweigert oder ohne Grund verlassen haben und dann wieder Notstandsunterstützung beantragten. Dem soll vorgebeugt werden durch die Bestimmung, daß in Zukunft jedes Mitglied, das die Arbeit grundlos verläßt oder die Annahme verweigert, aber das sich selbst auch nicht um Arbeit bemüht, von der Unterstützung ausgeschlossen wird, ganz gleich, wieviel Unterstützung es bis dahin bezogen hat. In solchen Fällen kann die Unterstützung erst wieder ausbezahlt werden, wenn das Mitglied nach der Entziehung der Unterstützung mindestens vier Wochen wieder gearbeitet und für diese Zeit Beiträge gezahlt hat. In besonders schweren Fällen dieser Art kann außerdem die Unterstützungsdauer um 2 bis 3 Wochen gekürzt werden. Gewisse Ausnahmen sollen nur zulässig sein bei offensichtlich kranken oder im vorgerückten Alter von über 65 Jahren stehenden Arbeitern; aber nur unter Zustimmung des Verbandsvorstandes.

Als weitere Kriegsmahnahmen kommen in Betracht die Zahlung von Notstandsunterstützung an kriegsinvaliden Mitglieder, die aus dem Felde zurückkehren, und an Unfallrentner während der Dauer des Krieges. Voraussetzungen sind in beiden Fällen neben der Erwerbsfähigkeit der Betroffenen die tägliche Kontrollmeldung. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den geleisteten Beiträgen. Sie erstreckt sich bei Monatsrenten von 15 bis 20 Mark auf 5 Tage, von 21 bis 25 Mark auf 4 Tage und von 26 bis 30 Mark auf 3 Tage wöchentlich. Bei höheren oder niedrigeren Rentenzahlungen als den hier angegebenen kommt diese Unterstützung nicht in Betracht. Weiter soll den im Felde stehenden Verbandmitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf die Mitgliedschaft angerechnet werden, sofern sie etwaige Beitragsrückstände später begleichen und sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Felde bei der Organisation melden.

Dagegen haben es die Verbandkörperschaften abgelehnt, die bereits zweimal gezahlte Familienunterstützung zu wiederholen. Bei dem selbst noch immer nicht absehenden Ende des Krieges muß beachtet werden, daß die dafür aufzubewahrenden Mittel die finanzielle Kraft des Verbandes allzu sehr in Anspruch nehmen würden. Es muß auch darauf Bedacht genommen werden, den später heimkehrenden Mitgliedern eine wirksame Unterstützung zuteil werden lassen zu können, wenn nach Beendigung des Krieges jegliche staatliche Unterstützung für sie und für ihre Familien ausbleibt. Umso mehr muß darauf Bedacht genommen werden, als mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß für die mehr als 100 000 Bauarbeiter, die z. B. im Felde stehen, nicht lediglich nach ihrer Rückkehr eine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die zweite deutsche fünfjährige Anleihe wurde überzeichnet. Genau 55 und 6 Milliarden.

200 Reichstagsabgeordnete beschäftigten am Freitag das Kaiserliche Gefangenelager. Nach Angaben, die dort gemacht wurden, befinden sich in deutschen Gefangenelagern 801 000 Gefangene und reichlich 9000 Offiziere; in Österreich gehen außer diesen auch zahlreiche Gefangeneneinheiten ein, die in einem Monat 2½ Millionen Mark erreichten. 1870/71 betrug die Anzahl der Kriegsgefangenen 273 000.

Die persische Regierung hat erneut Rußland ersucht, die Provinz Aserbaidjan von den russischen Truppen zu räumen. — Der Petersburger „Ries“ meldet aus Teheran: In Bender wurde der deutsche Konsul Busch von Engländern verhaftet und nach Indien verschifft.

Die englische Regierung hat den Gelehrten Hindia von Kopenhagen abberufen. Hindia wird bekanntlich von Sir Roger Casement beschuldigt, er habe dessen Diener zur Ermordung Casements anstiften wollen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. März.

Präsident Dr. Sömpf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 17 Min.

Die zweite Lesung des Etats

Die zweite Lesung des Etats des Allgemeinen Pensionsfonds. Der Etat wird angenommen, desgleichen ein Antrag der Kommission über bessere Regelung der Versorgung von Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Zunächst wird verhandelt über

Die Ernährungs- und Kriegslieferungsfragen.

Abg. Graf Westarp berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Der Plan, das deutsche Volk aus Hungertode zu retten, ist eine Kriegsführung nicht gegen unsere Truppen, sondern gegen unser Wirtschaftsleben, gegen unsere Frauen und Kinder. Beispiellos ist die einmütige Entschlossenheit des deutschen Volkes, diesen Plan nicht zur Durchführung gelangen zu lassen. Es ist gewiß, jedes Opfer und jede Einschränkung auf sich zu nehmen. Anerkennung wurde auch in der Kommission, daß der Landwirtschaft die Lösung der Aufgabe der Volksernährung im wesentlichen obliegt und daß ihr große Schwierigkeiten und gewaltige Opfer und Aufgaben daraus erwachsen. Es herrscht

darüber Einmütigkeit, daß wir durchhalten müssen.

Dieses Ziel ist allen Interessen voranzustellen. Allgemein ist man überzeugt, daß die vorhandenen Vorräte an Getreide und Mehl bis zur nächsten Ernte bei den bisherigen Maßnahmen zur Streckung der Vorräte vollkommen ausreichen, so daß noch eine Reserve übrig bleibt. Im Interesse der Ernährung des Volkes wird eine allseitige allgemeine Festsetzung möglichst billiger Höchstpreise für Brot und Mehl entsprechend den Getreidepreisen durch die Kriegsgeldverleihsstelle und die Ortsbehörden gewünscht und eine entsprechende Resolution vorgeschlagen. Da

die Preise für Futtermittel

zum Teil unverhältnismäßig gestiegen sind, wurde in einer weiteren Resolution die Festsetzung von Höchstpreisen für Futtermittel im Kleinhandel entsprechend den Großhandelspreisen gewünscht. Ferner wurde gefordert die rechtzeitige

Ermittlung der Bestände an Schweinen und Kartoffeln

nach dem 15. März 1915, sowie die tüchtigste Sicherstellung der Kartoffelbestände für die menschliche Ernährung und Fütterung von Höchstpreisen für den Zwischen- und Kleinhandel. Eine allgemeine Beschlagnahme der Kartoffelbestände wurde abgelehnt; doch soll als Reserve für die letzten Monate vor der neuen Ernte ein Bestand an Kartoffeln durch Einkauf für das Reich sichergestellt werden. Die Forderung, die Spiritusbrennereien noch mehr zu beschränken, wurde wegen des gewöhnlichen Spiritusbedarfs als nicht annehmbar erklärt. Um die Kartoffelbestände gegen Verfüttung an Schweine sicherzustellen, ist die Notwendigkeit schleuniger

Berminderung des hohen Schweinebestandes

von der Kommission anerkannt worden. Es wurde aber vor einem überhöhten und planlosen Vorgehen gewarnt. Vor allem soll darauf geachtet werden, daß diejenigen Schweine zuerst abgeschlachtet werden, die nur mit Kartoffeln und anderen menschlichen Nahrungsmitte gefüttert werden. Ueber die Kriegslieferung wurde eine Reihe von Beschlüssen eingebracht. Sie bezogen sich namentlich auf eine Ablehnung des Zwangsabhandels. Auch die Auswüchse des Insektenwesens wurden besprochen. Durch die künstliche Steigerung von Rohstoffen ist nicht nur die Militärverwaltung direkt geschädigt worden; auch für das Wirtschaftleben bedeutet diese Preissteigerung einen gewaltigen Nachteil. Im übrigen verdienen die Industrie und der Handel volle Anerkennung für das, was sie für die Kriegsverwaltung geleistet haben. Es möge aber auch das Handwerk nicht vergessen werden. Die Maßnahmen der Regierung für den Verbrauch und die Erzeugung wurden von der Kommission als unbedingt erforderlich anerkannt. Keine Rücksicht auf das Ausland darf uns davon abhalten, auszusprechen, daß die Lage durchaus ernst ist, daß die Anlag gibt zu ernster Mahnung an unser Volk, alle Anordnungen auf

sparsamen Verbrauch der vorhandenen Vorräte

willig und pflichtmäßig zu befolgen. Alles, was wir in der Heimat leisten, ist nichts im Vergleich zu dem Selbstum und den Kämpfen unserer Brüder und Söhne da draußen im Felde. Die Kommission warnt unbedingt vor Ueberzeugung, daß das Durchhalten gesichert erscheint und daß nicht zu befürchten ist, daß der Aus Hungersplan unserer Feinde zur Durchführung kommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Das Haus tritt ein in die

Beratung der Sozialpolitik.

Abg. Graf Westarp berichtet auch über diesen Teil der Kommissionsverhandlungen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Die Erfüllung der großen sozialpolitischen Aufgaben ist ebenso wichtig wie die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Unser Wirtschaftssystem wird immer in dem Maße und Jagen nach Gewinn die wirtschaftlich Schwachen zurückdrängen und soziale Fürsorge für diese notwendig machen. Unter dem Kriege leiden nicht nur zahlreiche Arbeiter, sondern auch viele kleine Gewerbetreibende, die vielfach vor dem

Zusammenbruch ihrer Existenz

stehen. Es muß alles geschehen, um dieses Uebel nach Möglichkeit zu mindern. Die Anpassung an die veränderten Verhältnisse hat sich zum Teil leichter vollzogen, als wir erwartet haben. Dazu hat das Vorgehen der Arbeiterorganisationen aller Richtungen nicht zum wenigsten beigetragen. Erfreulicherweise haben auch eine ganze Anzahl von Unternehmerorganisationen Verständnis für die Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiete in dieser Kriegszeit bewiesen, und haben mit den Arbeiterverbänden gemeinsam dahingewirkt, daß in vielen Berufen das Erwerbsleben wieder in Gang kam. Es ist vielfach dafür gefordert worden, daß die Lohnsätze der Arbeiter auch unter den veränderten Verhältnissen eingehalten wurden, die Arbeitslosigkeit ist planmäßig verteilt worden, der Uebergang dieser Tausender Arbeiter in andere Berufe ist erleichtert worden. Leider haben sich aber auch

manche großen Unternehmergruppen als unbeeindruckt

erwiesen. Ich muß da vor allem die Herren im Bergbau nennen. Es ist außerordentlich betrübend, daß in einer Zeit der enormen Erhöhung der Rohstoffmittelpreise im Bergbau Lohnminderungen zu verzeichnen sind (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), die ich in keiner Weise für berechtigt und auch vom Standpunkt der Unternehmer nicht begründet erachten kann. Noch immer wird im Bergbau auf die Wünsche der Arbeiter fast gar keine Rücksicht genommen. Es sind bereits Ausstände zu verzeichnen gewesen, weil der Zustand für die Arbeiter nicht mehr erträglich war, Ausstände, die zu vermeiden gewesen wären bei auch nur geringem Entgegenkommen der Bergherren. Alle Arbeitergruppen des Bergbaues haben deshalb an die Regierung den Wunsch geäußert, daß für den Bergbau ein Einigungsamt

errichtet werden möge, vor dem solche Streitigkeiten zur Entscheidung zu bringen wären. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir leider nicht darauf rechnen, daß die Unternehmer im Bergbau diesen Vorschlag annehmen. Geht es nicht, dann sollte die Regierung gestützt auf ihre Vollmacht vom 4. August v. J. ein solches Einigungsamt durch Verordnung betreiben, um den Bergherren zu zeigen, daß sie nicht schalten und walten können, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf das, was die heutige Zeit erfordert. In anderen Berufen haben wir doch die Beispiele, daß mancherlei Wünschen der Arbeiter entgegengekommen worden ist. Bei der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter in der Rüstungsindustrie sind durch Vermittlung der Militärverwaltung die Gärten

zum großen Teil beseitigt und damit ein Ausgleich der Interessen angebahnt worden. Diesem Beispiel wünschen wir Verallgemeinerung. Erfreulich sind die mit Unterstützung der Militärverwaltung geschlossenen Tarifverträge. Der Arbeitsnachweis der Kommission ist von sämtlichen Gewerkschaftsrichtungen unterstützt. Besonders große Aufgaben erwachsen dem Arbeitsnachweis, wenn Millionen Arbeiter zum alten Beruf zurückkehren. Dann wird die

Reichsarbeitslosenunterstützung unerlässlich

sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen örtliche Zentralisierung der Arbeitsnachweise, wobei auch die Arbeiter mitwirken haben, damit die Arbeiter Vertrauen dazu gewinnen. Eine gute Statistik des Arbeitsmarktes ist notwendig. Der Arbeitsnachweis darf nicht so geregelt werden, daß er zur massenhaften Heranziehung von Ausländern oder zur Nahrungsgelung gebraucht werden kann. Eingehend muß sich die Regierung mit der Frage der Arbeit der für ihren Beruf nicht mehr vollwertigen Kriegskrüppel befassen. Die Gewerkschaften werden gern daran mitarbeiten, daß diese Krüppel wieder nützbringende Tätigkeit leisten. — Bei der Kriegskrüppelunterstützung müssen

die Familienunterstützungen unbedingt erhöht

werden. Wie kann die Regierung, die die Höchstpreise erhöht hat, verlangen, daß die Familien mit den alten Söhnen auskommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotz aller Anteilnahme der Regierung verweigern viele Gemeinden immer noch Anspruchsberechtigten die Unterstützung wegen Fehlers der Bedürftigkeit. Hier muß eine entscheidende Injanz geschaffen werden, die auch von den Anspruchsberühmten anerkannt werden kann. Sparen wäre hier bedenklich. Hohle Gemeinden zahlen immer noch keinen Zuschuß zu der so niedrigen Reichsunterstützung. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Büden der Reichs-Wochenhilfe müssen ausgefüllt werden. Die von den Arbeiterorganisationen getragene Sozialpolitik hat wesentlich zur Erstarbung unseres Volkes beigetragen. Zum Wiederaufbau der durch den Krieg vernichteten unschätzbaren Werte wird jahrelange emsige Arbeit und die Anwendung gewaltiger materieller Mittel erforderlich sein. Dieses große Werk der Nation wird gefördert, wenn die Bahn freigehalten wird für den politischen und sozialen Fortschritt. (Beifall links.)

Abg. Wiederts (Zentr.): Die Arbeitsnachweise müssen außerhalb aller politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe stehen, damit sie nicht im Interesse einzelner Parteien ausgebeutet werden können. Wenn auf irgend einem Gebiete es notwendig ist, daß Unternehmer und Arbeiterhand in Hand geben, so ist es im Bergbau. Hier die Kriegsinvaliden muß durch eine umfangreiche Organisation gefördert werden. Verbündeten müssen wir unter allen Umständen, daß späterhin einmal der Kriegsinvalide ein politisches Agitationsmittel wird. Wir müssen militärisch, wirtschaftlich und finanziell durchhalten, denn nach dem Kriege unser Wirtschaftsleben wieder zu neuer Blüte gelangen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bassermann (natl.): Es wird eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes der Gesetzgebung und Verwaltung sein, für unsere Kriegsinvaliden in jeder Hinsicht zu sorgen. Die hervorragende Tätigkeit des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes verdient alle Anerkennung, namentlich hinsichtlich seiner vorbeugenden Fürsorgefähigkeit speziell auf dem Gebiete des Heilberufes, sowie in der Frage der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit im Kriege beschädigter Personen. Vor allem handelt es sich um die Frage der Arbeitsvermittlung. Die ausgezeichneten Arbeiterorganisationen haben sich voll bemüht. Wir empfehlen Ihnen die Annahme unserer Resolution, die darauf hinget, nach dem Friedensschluß als bald das Leben wieder in gesicherter Bahnen zu leiten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die zur Annahme empfohlene Resolution enthält etwas Selbstverständliches. (Sehr richtig! links.) Wir haben uns auch schon den Kopf zerbrochen, wie wir die Verhältnisse regeln werden. Ueber die Kriegsdauer hinaus, gleichviel, wie lange der Krieg dauert, wird Vorsorge zu treffen sein, aus dem gegenwärtigen künftigen Zustand allmählich wieder in einen natürlichen Zustand zu gelangen. Angesichts der in der Kommission und heute hier ausgesprochenen Wünsche auf eine Abänderung des Gesetzes über die Unterstützung von Familien von Kriegsteilnehmern, halte ich es für eine

Pflicht des Reiches und der verbündeten Regierungen, dafür Sorge zu tragen, daß niemand von den Angehörigen derer, die an den Grenzen des Reiches für dessen Sicherheit kämpfen, Not leidet.

(Bravo!) Den beteiligten Behörden ist eingeschärft worden, wo Notstände bestehen, diese zu beseitigen. Es scheint mir aber nicht zweckmäßig zu sein, um dieses Ziel zu erreichen, eine gesetzliche, schematische Erweiterung des Kreises der Unterstützungsberechtigten eintreten zu lassen. Wo Not ist, muß geholfen werden, das Geld darf aber nicht dahin gehen, wo es nicht notwendig ist. Wir haben die Kriegsunterstützungs-Berechtigung schon weiter gezogen, als es gesetzlich vorgeschrieben ist. Wir sind bereit, noch weiter zu gehen und sind auch bereit, die in Aussicht genommene Ermächtigung der Unterstützung fallen zu lassen. Damit wir hier freie Hand haben, ist ja im Dezember der 200 Millionen-Fonds geschaffen worden, und ich hoffe mit diesem Fonds das vorgesezte Ziel zu erreichen. Die Reichsregierung ist von Anfang an der Auffassung gewesen, daß es Ehrenpflicht des Reiches ist,

auch während des Krieges eine Sozialpolitik

zu treiben, wie wir sie zu leisten aus der Friedenszeit gewöhnt waren. Das trifft auch für die Arbeitsnachweise zu. Die Verhältnisse in unserer Industrie haben sich vollständig verschoben. Fabriken, die jetzt Granaten machen, werden später wieder zur Samtfabrikation zurückgehen. (Heiterkeit.) Das Personal ist völlig durcheinandergewirrt. Dieser Schwierigkeiten müssen wir Herr zu werden suchen. Ich meine, daß wir darauf verzichten müssen, neue organisatorische Einrichtungen zu schaffen, die über die Dauer des Krieges hinausgehen. Unsere

Gesetzgebung hinsichtlich der Arbeitsnachweise

ist noch nicht vollständig; sie bedarf noch der bessernden Hand. Alle Aufgaben werden leichter gelöst werden, wenn man sich der bestehenden Organisationen bedient, als wenn neue ins Leben gerufen werden. Wir müssen mit den vorhandenen Mitteln auskommen suchen. Die Verhandlungen mit den Organisationen werden fortgesetzt werden. Ueber das Ziel sind wir uns einig. Der Kriegsinvaliden-Fürsorge wird natürlich volle Aufmerksamkeit geschenkt und die erforderliche Organisation geschaffen werden. Die Frage, inwieweit dem Handwerk und dem Mittelstand geholfen werden kann, wird geprüft werden. Es ist Ehrenfache für das Reich und seine Leitung, auf dem sozialpolitischen Gebiet alles zu tun, was nach Lage der Verhältnisse, und namentlich der Finanzverhältnisse geschehen kann, um auch eine sadgemäße und der Tradition entsprechende Kriegs-Sozialpolitik zu treiben. (Beifall.)

Abg. Weinhausen (Fortchr. Vpt.): Den guten Willen, die sozialpolitischen Forderungen durchzuführen, erkennen wir an. Hiermit ist aber nicht genug geschehen. Aus der Antwort des Staatssekretärs ist zu entnehmen, daß nur wenig von unseren Wünschen in die Praxis umgesetzt werden soll. Hinsichtlich der Familienfürsorge wird eine

Erhöhung der Unterstüzungen den Gemeinden aufgeschoben.

Diese erfüllen aber schon jetzt kaum ihre Verpflichtungen. In Zukunft wird also von dieser Seite kaum noch mehr geschehen. Bezüglich der Regelung der Frage der Arbeitsnachweise kommen wir ohne den von der Kommission geforderten Gesetzentwurf nicht aus, der die Errichtung von Arbeitsämtern für das ganze Reich, sowie eine Reichsarbeitsamt fordert. Das Handwerk muß mehr an den Organisationsbestrebungen teilnehmen. Wir hoffen, daß die zwischen Handwerk und Militärverwaltung jetzt angeknüpften guten Beziehungen nach dem Kriege andauern. Die Sozialpolitik hat sich noch nie, solange sie schon betrieben wird, so glänzend bewährt, wie im gegenwärtigen Augenblick. Deshalb müssen wir auch in Zukunft weiterhin praktische Sozialpolitik treiben. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ueber die Frage der Arbeitsnachweise bin ich über die Mittel, zum Ziele zu gelangen, etwas anderer Ansicht als die Mehrheit der Kommission. Wenn der Abgeordnete Weinhausen in ziemlich scharfer Weise meine Ansicht zu-

rückwies, so habe ich auch bei ihm bislang nur das Wollen, aber noch nicht das Vollbringen gefunden. Den Erfolg wird erst die Zukunft zeigen. Jedenfalls ist die Größe meines Willens reichlich so gut, wie die des Abgeordneten Weinhausen.

Abg. Bauer-Breslau (Soz.): Die Ansicht des Staatssekretärs Dr. Delbrück bezüglich der Arbeitsnachweise, die alten weiter auszubauen, ist nicht der richtige Weg, diese Frage den politischen Kämpfen zu entziehen. Im Gegenteil, hier muß von Grund auf Neues geschaffen werden.

Abg. Weinhausen (Fortchr. Vpt.): Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat mir in scharfer Weise geantwortet, ohne daß ich ihm einen Anlaß dazu gegeben habe, wie ich nach Rücksprache mit meinen politischen Freunden feststellen möchte.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Söhne, in eine grundsätzliche Neuregelung der Frage einzutreten, erklärt sich aus den Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben würden. Vor allen Dingen würden diese an sich schon schwierige Frage mit neuen Grundfragen belastet würde, sofort Verschiedenheiten der Ansichten aufkommen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Es wäre besser gewesen, daß Meinungsverschiedenheiten hier nicht zum Ausdruck gebracht worden wären. Die Resolution betreffend den Arbeitsnachweis umschließt alle Gewerbezweige, auch den kaufmännischen und nicht, wie der Abgeordnete Bassermann annimmt, den kaufmännischen Beruf ausschließlich.

Abg. Behrens (Ztr.): empfiehlt einen Antrag, die Resolution, die ein Verbot der Verwendung von Getreide, Obst und Zucker zur Herstellung von Spiritus herbeiführen will, dahin zu ändern, daß nur Getreide und Kartoffeln nicht zu Spiritus verarbeitet werden dürfen. Im Interesse des Obst- und Beerenbaues, namentlich Badens, liegt es, die Herstellung von Trinkschnaps aus diesen Früchten zuzulassen. Der bairische Schnaps sei geradezu Medizin. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ein absolutes Verbot der Schnapsbrennerei würde direkt unwirtschaftlich sein. Ein generelles Verbot ist nicht zu empfehlen. Wir brauchen Spiritus zu zahlreichen technischen Zwecken. Der Schnapsauschank kann ganz oder teilweise unterbunden werden, damit wird das Ziel am besten erreicht.

Abg. Barm (Soz.): Ein Branntweinverbot wäre bei uns wie in Rußland sehr wohl durchführbar. Gewerblicher Spiritus läßt sich sehr gut aus Melasse, die wir reichlich besitzen, herstellen.

Abg. Koch (Fortchr. Vpt.): Die Auffassung, daß wir genügend Melasse haben, ist falsch.

Abg. Kießling (Fortchr. Vpt.): Wir lehnen die Resolution ab und schließen uns dem Antrag Behrens an.

Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die Beratung der inneren Politik (Preszensur, Belagerungszustand und Ausnahmegeetze).

Abg. Graf Westarp (Konf.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen. Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag vormittag verlag.

Tagesordnung: Verlegung des Reichstages. Fortsetzung der Etatberatung.

Aus der Partei.

Genosse Wilhelm Düwcl

ersucht die Parteipresse um die Aufnahme der folgenden Erklärung: „In Parteikreisen und in der bürgerlichen Presse sind aus meinen Kriegsberichten wiederholt Schlüßfolgerungen gezogen worden, die ich nicht als berechtigt anerkennen kann. Zum Teil sind durch die von der Zensur für notwendig befundenen Streichungen die Berichte geändert worden; ferner hat deren Verfasser einmal sachliche und innerenstellende Änderungen vorgenommen. Es ist daher klar, daß ich die unbegrenzte Verantwortung für die unter meinem Namen veröffentlichten Berichte nicht übernehmen kann. Nach Aussage des Verlagsbureaus werden in Zukunft die Berichte so, wie sie die Militärzensur erlaubt, den Zeitungen zugehen. Des Wartungsripts der im „Vorwärts“-Verlag herausgegebenen gesammelten Berichte, einschließlich des Vormortis, habe ich vor der Drucklegung nicht zu Gesicht bekommen. Andersfalls hätte ich gegen die Auswühl und Kürzung der Berichte Einspruch erhoben. Wilh. Düwcl.“

Neues aus aller Welt.

Von der Antwerpener Straßenzugend.

Wir entnehmen der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien“:

„Bekanntlich ist die deutsche Militärbehörde in Antwerpen sehr energisch gegen die ungezogene Jugend eingeschritten, die sich nicht an Zucht und Ordnung gewöhnen will. Große Aufzüge johlender Kinder waren an der Tagesordnung und das blödsinnige Lied, das sie sangen, klang den Deutschen durchaus nicht angenehm in die Ohren:

„Wij gaan ons vaderland verlaten
en trekken naar den Duitschen grens;
Daar gaan we den Duitschen Keizer halen,
en steken hem op onze bajonet!
Die (vive) voor al die Russen,
die de meikens kussen:
Die voor onze Engelschman,
die goed en „Steppe“ (two-step) kan;
Die voor al de Fransen,
die den Tango dansen,
Die voor onze bondgenoot,
hij is voor niks benauid.“

Aber die Jungen, die von größeren Straßenzugeln begleitet wurden, kellen es nicht beim Singen; sie rissen auch deutsche Bekanntheitsnamen ab, oder änderten den Text ab; so z. B. den der Siegesnachricht aus Rußland: 100 000 Russen gefangen, 165 Kanonen und über 300 Maschinengewehre erbeutet. Von der Zahl 100 000 schnitten sie die 1 aus; Russen änderten sie in „Mussen“ (Spanien); Kanonen in „Konijnen“ (Kaninchen) und Maschinengewehre in „Waschmaschinen“. Nicht dumm bedacht allerdings, aber die Militärbehörde läßt nicht mit sich lachen; der Bürgermeister erteilt deshalb eine geharnischte Erklärung an die bösen Buben und der Gouverneur verdonnerte die Stadt zur Zahlung von 50 000 Franken.

Daß wegen des Bubenübermutes die Strafe verhängt sei, glauben wir allerdings nicht.

Die Brotkarte.

„Das ist die Zeit der großen Not!
Sie legt uns auf ein schweres Gebot.
Hält du nicht heilig jetzt das Brot,
Dann ist umsonst der Bruder Tod!“

(Von einem Sträfling des Jellengefängnisses Moabit.)

Durch anhaltenden Schneefall bei 2 Grad Kälte sind in Berlin am Freitag erhebliche Verkehrshörungen aufgetreten. Auch aus dem übrigen Norddeutschland wird starker Schneefall bei Kältegraden gemeldet.

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!